

Schulden oder Würde

Arbeitnehmer*innen in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Aufschwungs in Afrika stellen

Von Dr. Hod Anyigba und Joel Akhator Odigie

Die Staatsschuldenkrise Afrikas ist nicht nur ein makroökonomisches Problem. Sie wirft auch grundlegende soziale und arbeitsrechtliche Fragen auf. Regierungen von hoch verschuldeten Ländern stehen vor der unmöglichen Wahl, entweder ihre Gläubiger oder die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wie Lehrkräfte, Pflegepersonal oder Ärzt*innen zu bezahlen. Wachsende Kritik am heutigen globalen Finanzsystem und an schleppenden Umschuldungen sowie internationale Solidarität eröffnen jedoch die Chance für eine entwicklungsorientierte Schuldenreform.

Im Jahr 2010 mussten afrikanische Länder rund 17 Milliarden US-Dollar für Zins- und Tilgungszahlungen an ausländische Gläubiger aufbringen. In den folgenden Jahren stieg dieser Betrag weiter an und erreichte 2024 bereits 74 Milliarden US-Dollar.¹ Auch im Verhältnis zu den Staatseinnahmen ist die Belastung deutlich gewachsen: 2023 flossen im Schnitt 16,7 Prozent der Staatseinnahmen Afrikas in den Schuldendienst – mehr als in jeder anderen Region im Globalen Süden.²

Viele afrikanische Länder liegen sogar noch weit über diesem erhöhten Durchschnitt. Beispielsweise belief sich der Schuldendienst Ghanas im Jahr 2022, vor Beginn der Schuldenrestrukturierung, auf etwa 117 Prozent der Staatseinnahmen. Dies verdeutlicht das Ausmaß der Krise, die zur Umschuldung geführt hat.³ Allerdings zeigen Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF), dass der öffentliche Schuldendienst Ghanas im Verhältnis zu den Staatseinnahmen auch nach der fast abgeschlossenen Umschuldung deutlich über dem afrikanischen Durchschnitt liegt (siehe Fallbeispiel unten).

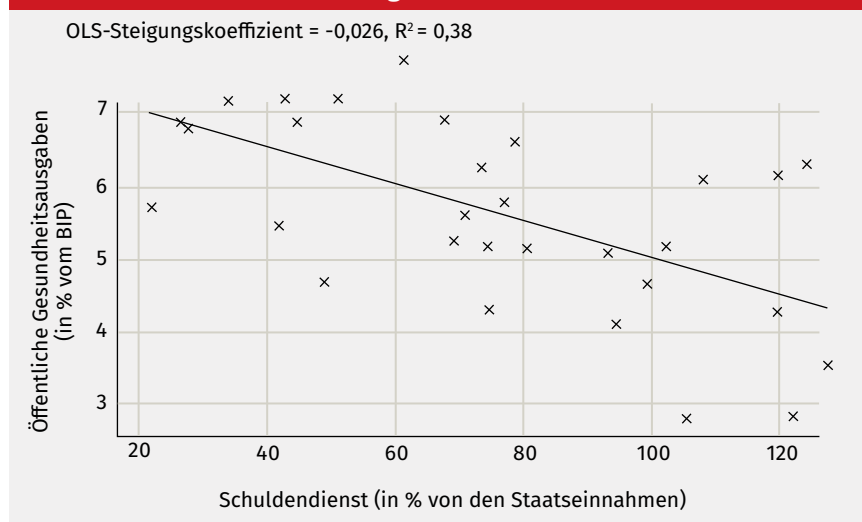
Wie hohe Schuldendienstzahlungen zulasten von sozialen Dienstleistungen gehen, wird in Abbildung 1 am Beispiel der Gesundheitsausgaben sichtbar.

Die Wohlfahrtseinbußen in afrikanischen Ländern durch nicht nachhaltige Schuldendienstzahlungen sind enorm. Geringere öffentliche Investitionen in Gesundheit und Bildung schwächen das Wohlergehen und die Qualifikation der erwerbstätigen Afrikaner*innen. Auf lange Sicht verhindert dies Wachstum und verschärft die Ungleichheit in der Bevölkerung, da Kürzungen öffentlicher Leistungen vor allem arme und zur Arbeiterklasse gehörende Erwerbstätige treffen. Tatsächlich hat die Afrikanische Union 2025 in ihrer Lomé-Erklärung zur Verschuldung die Schuldenkrise unverblümt als „Krise der menschlichen Entwicklung“⁴ bezeichnet und darauf hingewiesen, dass ein hoher Schuldendienst direkt zulasten der Investitionen für die Bevölkerung geht.

Wie Sparpolitik Arbeitnehmer*innenrechte beeinträchtigt

Um dem Schuldendruck zu begegnen, verordnen viele afrikanische Regierungen – oft im Rahmen von IWF-Programmen – Sparmaßnahmen wie Haushaltskürzungen, Einstellungsstopps und Lohnbeschränkungen. Die Löhne im öffentlichen Dienst werden gekürzt oder gedeckelt, was die Ergebnisse von Tarifverhandlungen untergräbt und in einigen Fällen gegen Vereinbarungen mit Gewerkschaften verstößt. Darüber hinaus greifen Regierungen unter dem Druck, externe Finanzmittel zu beschaffen, häufig zu regressiven Steuermaßnahmen wie zum Beispiel höhere Mehrwertsteuern (Ghana, Ägypten).

Abb. 1: Verdrängungseffekte zwischen Schuldendienst und öffentlichen Gesundheitsausgaben (2000-2022)



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die länderübergreifende Korrelation zwischen dem Schuldendienst als Anteil an den Staatseinnahmen und den öffentlichen Gesundheitsausgaben als Anteil am BIP. Die OLS-Regressionslinie weist eine negative Steigung auf und verdeutlicht damit einen negativen Zusammenhang: Länder mit höherem Schuldendienst geben tendenziell weniger für Gesundheit aus. Das Bestimmtheitsmaß (R^2) zeigt, wie gut die Linie die Streuung der Daten erklärt, und veranschaulicht einen Zusammenhang, der zur Verdrängungshypothese passt.

Quelle: Africa Labour Research and Education Institute (ALREI) und ITUC-Africa (2025): „ITUC-Africa Position Paper on Debt – Towards a New Framework for Debt Sustainability and Development in Africa“.

ten, Kenia und Sambia) oder Kraftstoffsteuern (Nigeria, Senegal, Sierra Leone).

Diese Maßnahmen zielen auf finanzielle Stabilität ab, wirken sich jedoch unmittelbar auf die Bevölkerung und insbesondere auf Arbeitnehmer*innen und ihre Familien aus: Kürzungen der öffentlichen Ausgaben bedeuten Einstellungsstopps im öffentlichen Dienst und stagnierende Löhne, was vor allem Lehrkräfte, Beschäftigte im Gesundheitswesen und Beamte*innen sowie einen erheblichen Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer*innen trifft. Außerdem werden Infrastrukturprojekte gestrichen oder aufgeschoben, was wiederum Entlassungen im Baugewerbe und verwandten Branchen zur Folge hat. Die sinkende Kaufkraft der Verbraucher*innen führt häufig dazu, dass auch die verarbeitende Industrie ins Stocken gerät. Die Sparpolitik schwächt in der Regel die gesamte Wirtschaft, sodass auch die Löhne im privaten Sektor sinken und letztlich die Arbeitslosigkeit in nahezu allen Beschäftigungssektoren zunimmt.

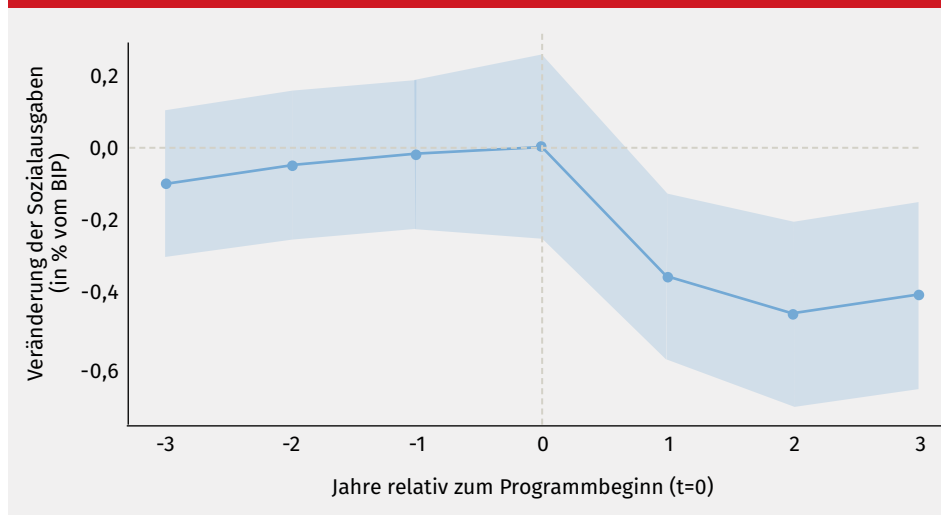
Solche prozyklischen Maßnahmen führen insbesondere in Zeiten eines Abschwungs zu einer „Austeritätsfalle“: Die sinkende Nachfrage schwächt Wachstum und Beschäftigung weiter, wodurch sich die Schuldenquote häufig weiter verschlechtert. Infolgedessen werden mühsam erreichte Errungenschaften

im Bereich der sozialen Sicherheit und der Arbeitnehmer*innenrechte untergraben. Diese Belastungen können zu öffentlichen Protesten führen, wie etwa den Gen-Z-Protesten 2024/2025 in Kenia, die gewaltsam niedergeschlagen wurden (*siehe unten*).

Aus Sicht von Arbeitnehmer*innen ist ein solcher auf drastischen Sparmaßnahmen basierender Ansatz grundlegend falsch. Der kurzfristigen Beschwichtigung der Gläubiger wird dadurch Vorrang vor dem Erhalt von Lebensgrundlagen und Kaufkraft eingeräumt. Regierungen sollten stattdessen auf antizyklische Maßnahmen zurückgreifen oder zumindest die Sozialausgaben unangetastet lassen, um so die Erholung anzukurbeln und Arbeitsplätze zu sichern. Dies stünde auch im Einklang mit wohlfahrtsökonomischen Prinzipien, die menschliches Wohlergehen höher gewichten als enge fiskalische Kennzahlen.

Empirische Studien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)⁵ und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP)⁶ haben wiederholt gezeigt, dass antizyklische Ansätze zu einer schnelleren wirtschaftlichen Erholung beitragen und Arbeitsplatzverluste begrenzen. Brasilien, Deutschland, Südkorea, Schweden und Chile sind gut dokumentierte Beispiele dafür, wie antizyklische sozial- und arbeitsmarktpolitische Maß-

Abb. 2: Analyse zur Veränderung der Sozialausgaben vor und während eines IWF-Programms (1990-2022)



Anmerkung: Die Abbildung zeigt, dass die Sozialausgaben als Anteil am BIP nach Beginn eines Anpassungsprogramms ($t=0$) deutlich zurückgehen und im negativen Bereich bleiben, was auf anhaltende Kürzungen statt auf kurzfristige Anpassungen deutet. Die blau schattierten Bereiche stellen das 95-Prozent-Konfidenzintervall um die geschätzte Trendlinie dar. Dies zeigt den Bereich, in dem der tatsächliche Effekt statistisch gesehen wahrscheinlich liegt, was bedeutet, dass die genauen Auswirkungen innerhalb dieses Bereiches variieren können.

Quelle: Eigene Analyse der Autoren auf Grundlage von Daten aus der Datenbank für Sozialausgaben (SXD) des IWF, aus Statistiken zu den öffentlichen Finanzen (GFS) und aus der Kreditdatenbank des IWF (für Programmstartdaten). Es wurden Daten von 28 afrikanischen kritisch verschuldeten Ländern bzw. Ländern in einem IWF-Programm verwendet.

nahmen dazu beigetragen haben, Einkommen zu stabilisieren, Arbeitsplätze zu erhalten und die Erholung nach der Krise zu beschleunigen.

Empirische Belege zeigen, dass Länder wie Finnland und Norwegen, die Humankapital, also das Wohlergehen der Bevölkerung, priorisieren und hohe Sozialausgaben für Bildung, Gesundheit und Kinderbetreuung gewährleisten, von einem stabilen Wirtschaftswachstum, geringer Ungleichheit und einer hohen Erwerbsbeteiligung profitieren.⁷ Costa Rica hielt auch während fiskalischer Einschränkungen an einer universellen Gesundheitsversorgung fest und investierte stark in Bildung. Dies führte zu einer höheren Lebenserwartung und Alphabetisierungsrate als in vielen vergleichbaren Ländern.⁸ In ähnlicher Weise stützte sich das Entwicklungsmodell Südkoreas nach den 1970er Jahren auf staatlich gelenkte Investitionen in Bildung und Gesundheit, die Industrialisierung und den sozialen Aufstieg vorantrieben und damit neoklassischen ökonomischen Vorhersagen widersprachen.⁹ Diese Beispiele unterstreichen, dass Investitionen

zugunsten der Bevölkerung nicht nur ethisch, sondern auch strategisch klug sind, da sie Produktivität, sozialen Zusammenhalt und inklusives Wachstum fördern.

Die sozialen Kosten der Verschuldung: Ghana, Sambia und Kenia

Die Fallbeispiele Ghana, Sambia und Kenia veranschaulichen die arbeitsmarktpolitischen und sozialen Auswirkungen von Schuldenkrisen.

Ghana, das angesichts rasant steigender Schuldendienstzahlungen in die Zahlungsunfähigkeit rutschte, setzte ein strenges Sparprogramm um und leitete sowohl eine Umschuldung der Auslandsschulden als auch das umstrittene *Domestic Debt Exchange Programme* (DDEP) ein. Dadurch erhielt das Land Zugang zu einem IWF-Programm, das für die ausländischen Gläubiger die Voraussetzung für Umschuldungsverhandlungen der Auslandsschulden war. **Sambia** durchlief einen langwierigen Prozess von Zahlungsausfall und Umschuldung,

während **Kenia** einen Zahlungsausfall vermeiden konnte, was allerdings mit hohen sozialen Kosten verbunden war.

Ghana: Zahlungsausfall und Lohnstopps

Wie in vielen Ländern des Globalen Südens war die übermäßige Kreditaufnahme zu ungünstigen Bedingungen eine zentrale Ursache für Ghanas Staatsbankrott im Jahr 2022. Bereits in den Jahren zuvor hatte der Druck durch den Schuldendienst stark zugenommen: Von 2017 bis 2022 gab Ghana durchgehend über 40 Prozent seiner Staatseinnahmen für den öffentlichen Schuldendienst aus – zu Beginn der 2010er Jahre lag dieser Wert noch bei 27 Prozent.

Der Umschuldungsprozess nach 2022 war an strenge Auflagen des IWF gebunden, insbesondere an weitreichende fiskalische Konsolidierungs- und Sparmaßnahmen. Um Schuldenerleichterungen zu erhalten und den Zugang zu internationalen Finanzmärkten wiederherzustellen, verpflichtete sich die Regierung zu raschen und umfassenden Haushaltsanpassungen, darunter Ausgabenkürzungen und regressive Steuererhöhungen. Diese Maßnahmen belasteten Arbeitnehmer*innen und einkommensschwache Haushalte erheblich, da sie die Lebenshaltungskosten steigen ließen und den Zugang zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen einschränkten.

Im öffentlichen Dienst verhängte die Regierung einen Lohnstopp, sodass rund 650.000 Gesundheitsfachkräfte, Lehrkräfte, Dozierende, Sozialarbeiter*innen und Beamt*innen in den Jahren 2022 bis 2024 keine Gehaltserhöhungen erhielten – trotz einer Inflation in Ghana von über 50 Prozent Ende 2022. Die Realeinkommen brachen entsprechend stark ein. Die Aussetzung von Gehaltserhöhungen (mit 0 Prozent nominalem Zuwachs) verdeutlicht, wie durch Schuldenkrisen Arbeitnehmer*innenrechte unmittelbar unter Druck geraten können.

Die IWF-Programme sahen zwar Maßnahmen vor, um negative soziale Auswirkungen auf einkommensschwache Haushalte abzufedern. Die dafür bereitgestellten Mittel waren jedoch begrenzt und reichten nicht aus, um die sozialen Kosten auszugleichen.

Währenddessen kam die Umschuldung nur schleppend voran. Um sich die Unterstützung seiner ausländischen Gläubiger zu sichern, führte Ghana 2023 eine Umschuldung seiner Inlandsschulden durch – ein umstrittener Schritt, der sich auch auf Pensionsfonds und lokale Banken auswirkte. Zwar konnte sich Ghana Ende 2024 mit den öffentlichen bilateralen Gläubigern und Anleihegläubigern einigen, befindet sich jedoch bis heute in Verhandlungen mit Geschäftsbanken.

Die Zivilgesellschaft kritisiert insbesondere, dass der vom IWF errechnete und den bisherigen Gläubigern zugestandene Schuldenerlass zu gering ausfällt: In seiner Schuldentragfähigkeitsanalyse von Dezember 2025 geht der IWF davon aus, dass der öffentliche Schuldendienst im Verhältnis zu den Staatseinnahmen zwischen 2026 und 2028 weiterhin bei sehr hohen 90 Prozent liegen wird. Dieser langwierige und zugleich unzureichende Restrukturierungsprozess verlängert die Unsicherheit und erschwert es der Regierung, zu einer verlässlichen Haushaltsplanung für soziale Dienstleistungen zurückzukehren.

Sambia: Die sozialen Kosten der Sparpolitik

Sambia war das erste afrikanische Land, das während der COVID-19-Pandemie in Zahlungsausfall geriet, als es im November 2020 eine Eurobond-Zahlung nicht leisten konnte. Zu diesem Zeitpunkt hatte Sambias öffentliche Verschuldung bereits mehr als 120 Prozent des BIP erreicht. Nach dem Zahlungsausfall wurden die Verpflichtungen gegenüber privaten Gläubigern weitgehend ausgesetzt, während der Schuldendienst gegenüber multilateralen Gläubigern weiterlief. Die Aussetzung führte jedoch nicht zu einer spürbaren oder unmittelbaren Erhöhung der Sozialausgaben. Die Fiskalpolitik war schon vor dem IWF-Programm im Jahr 2022 restriktiv, bedingt durch Inflationsdruck und der Notwendigkeit, vor der Schuldenrestrukturierung fiskalische Puffer aufzubauen. Entsprechend blieben soziale Sektoren unter strengen Haushaltsvorgaben, Lohnkostenkontrollen und Personalbeschränkungen, sodass der Zahlungsausfall kaum soziale Entlastung brachte. Im Gegenteil: Im Haushalt 2021 stellte Sambia rund 1,4 Milliarden US-Dollar für den Schuldendienst bereit – mehr Mittel als für Bildung, Gesundheit, Wasser- und Sanitärversorgung zusammen.

Die Einsparungen wirkten sich unmittelbar auf die Bevölkerung aus. Es kam zu Engpässen bei Medikamenten, ländliche Kliniken, die mit neuem Pflegepersonal gerechnet hatten, mussten Stellen unbesetzt lassen und die Klassengrößen in den Schulen stiegen an, da nahezu keine neuen Lehrkräfte eingestellt wurden. Die Lohnkosten wurden streng kontrolliert, und trotz steigender Lebenshaltungskosten gab es für viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst keine Gehaltserhöhungen. Die öffentliche Infrastruktur verschlechterte sich, da die Budgets für Instandhaltung gekürzt wurden.

wierige Prozess, geprägt von Streitigkeiten unter den Gläubigern, verursachte hohe Kosten für die sambische Gesellschaft, da durch die Verzögerungen potenzielle Entwicklungschancen verloren gingen. Darüber hinaus brachte die Umschuldung letztlich zu wenig Entlastung, sodass Sambia bis heute ein hohes Risiko für eine Schuldenkrise aufweist.¹⁰ Dies zeigt, dass ein schnellerer Umschuldungsprozess allein nicht ausreicht, wenn Schuldenerleichterungen zu gering bleiben und keinen ausreichenden fiskalischen Spielraum wiederherstellen.

2023 gelang es Sambia schließlich, im Rahmen des G20 *Common Framework* eine Vereinbarung zur Schuldenrestrukturierung zu erzielen. Der lang-

Kenia: Hohe Risiken und Steuerbelastungen
Kenia hat eine hohe Auslandsverschuldung. Die jährlichen Schuldendienstverpflichtungen von



Bild: privat

Annet Nerima Kenia



„Kenia versinkt immer tiefer in einer leidvollen Schuldenkrise, deren Ursachen in der Aufnahme immer neuer Kredite und einer schlechten Finanzpolitik liegen. Von jedem eingenommenen Schilling fließt mehr als die Hälfte in die Rückzahlung von Krediten und in hohe Zinsen, die hauptsächlich an kommerzielle und internationale Kreditgeber zu zahlen sind, sodass nur ein winziger Rest übrig bleibt, um das Land zu führen und die Entwicklung voranzutreiben. Während die öffentlichen Mittel schwinden, sehen sich die Menschen mit höheren Steuern, dem Verlust ihrer Arbeitsplätze, geschlossenen Geschäften, leeren Apotheken, überfüllten Klassenräumen, verspäteten Gehaltszahlungen und schwindender Hoffnung auf eine würdige und sichere Zukunft konfrontiert.“

Annet Nerima ist Programmmanagerin für politische Rechenschaftspflicht in staatlichen Institutionen bei der Kenianischen Menschenrechtskommission (KHRC). Dort leitet sie den Arbeitsbereich „Rechenschaftspflicht im Bereich der öffentlichen Finanzen“.¹¹

Kenia gehört laut Analyse im Schuldenreport 2026 zu den Staaten, deren öffentlicher Haushalt durch den Auslandsschuldendienst sehr hoch belastet ist. Bisher hat die Regierung des ostafrikanischen Landes nicht versucht, umfassende Schuldenerleichterungen auszuhandeln, um die Belastung zu verringern. Stattdessen hat sie trotz anhaltender öffentlicher Proteste weitere Kredite aufgenommen – insbesondere beim IWF –, um den Schuldendienst gegenüber internationalen Gläubigern aufrechterhalten zu können.

2024 bis 2035 werden voraussichtlich 4,5 Milliarden US-Dollar übersteigen. Die Staatsverschuldung liegt bei über 50 Prozent des BIP und der öffentliche Schuldendienst verschlingt rund 45 Prozent der Staatseinnahmen. Trotz hoher Schuldenindikatoren und eines hohen Überschuldungsrisikos ist Kenia weder in Zahlungsausfall geraten, noch hat es über Umschuldungen verhandelt. Stattdessen setzte der ostafrikanische Staat auf weitere Kreditaufnahmen, darunter hohe Kredite vom IWF und die Emission hochverzinsten Eurobonds.

Ermöglicht hat dies der IWF, der die Verschuldung Kenias weiterhin als „tragbar“ bezeichnet. Dies geschieht, obwohl der IWF im Rahmen von Schuldentragfähigkeitsanalysen das Land seit 2020 als hoch verschuldungsgefährdet einstufte, da zentrale Schwellenwerte überschritten wurden. Anstatt zahlungsunfähig zu werden und/oder über Umschuldungen zu verhandeln, entschied sich Kenia im Rahmen der IWF-Konditionalität für eine strikte Haushaltskonsolidierung. Im Jahr 2023, angesichts zunehmenden Schuldendrucks, beschloss die kenianische Regierung auf Anraten des IWF und der Weltbank Steuererhöhungen, um ihren Schuldendienstverpflichtungen nachzukommen. Besonders umstritten war dabei eine Anhebung von Abgaben auf Treibstoff und Wohnraum.

Ein Jahr später kam es zu weiteren regressiven Steuererhöhungen auf Grundgüter wie Brot, Speiseöl und Windeln sowie zum Abbau von Subventionen. Diese Maßnahmen wurden trotz hoher Inflation, steigender Lebensmittelpreise und hoher Jugendarbeitslosigkeit beschlossen und belasteten einkommensschwache Haushalte und Arbeitnehmer*innen überproportional. Das umstrittene Finanzgesetz (die sogenannte *Finance Bill*) von Mitte 2024 löste landesweit Proteste aus, welche die Regierung gewaltsam niederschlug. Teile der kenianischen Zivilgesellschaft machen den IWF für die Ausschreitungen mitverantwortlich, da seine Vorgaben die Sparagenda maßgeblich prägten und damit zu sozialen Unruhen und Menschenrechtsverletzungen beigetragen hätten.

Die Schuldenlast schränkte nicht zuletzt Kenias Fähigkeit ein, auf Krisen reagieren zu können. So konnten Gemeinden während der jüngsten Dürreperioden aufgrund fiskalischer Begrenzungen

nicht ausreichend unterstützt werden. Auch die Beschäftigung im öffentlichen Sektor litt unter der Haushaltskonsolidierung: Schätzungen zufolge blieben aufgrund von Sparmaßnahmen 5.000 genehmigte Stellen für Lehrkräfte unbesetzt.¹² Dies bedeutet neben verlorenen Arbeitsplätzen für junges Lehr- und Pflegepersonal auch den Verlust von Dienstleistungen in den Gemeinden.

Empfehlungen für eine Reformagenda

Die Schuldenkrise Afrikas so zu bewältigen, dass soziale Gerechtigkeit und Arbeitnehmer*innenrechte gewahrt werden, erfordert mutige Reformen. Auf der Grundlage eines Positionspapiers von ITUC-Africa¹³ und den Forderungen afrikanischer Gewerkschaften skizzieren wir im Folgenden politische Empfehlungen für eine entwicklungsorientierte Schuldenreform.

1. Soziale Ausgaben während Schuldenkrisen schützen

Soziale Sektoren müssen vor Sparmaßnahmen geschützt werden. Die Verabschiedung einer „Afrikanischen Doktrin zur Verschuldung“¹⁴ setzt unter anderem voraus, dass Ausgaben für Gesundheit, Bildung, soziale Sicherung und Klimaresilienz unangetastet bleiben. In der Praxis bedeutet dies, dass bei der Bewertung eines tragfähigen Schuldenniveaus weder Regierungen noch Gläubiger Kürzungen in diesen zentralen Bereichen verlangen dürfen. Ein solches Prinzip, das auch in der Lomé-Erklärung der Afrikanischen Union im Mai 2025 befürwortet wurde,¹⁵ verhindert, dass Länder dafür „bestraft“ werden, dass sie den Schutz und das Wohlergehen der Bevölkerung priorisieren.

Ebenso sollte jede Schuldenrestrukturierung soziale Schutzmechanismen enthalten, etwa Mindestquoten für Sozialausgaben sowie verbindliche und unabhängige Sozialverträglichkeitsprüfungen. In der Folge müssten Gläubiger gegebenenfalls einen größeren Teil der Last durch Schuldenerlasse tragen. Denn: Die Einhaltung universeller Menschenrechte steht über den Ansprüchen der Gläubiger. Staatliche Mindestausgaben für die basale Daseinsvorsorge müssen als unverhandelbare Bedingung vorrangig gesichert werden, bevor Rückzahlungen geleistet werden. Wenn nötig, müssen Gläubiger durch umfassendere Schuldenerlasse

sicherstellen, dass die Erfüllung dieser Rechte niemals durch den Schuldendienst gefährdet wird.

2. Schuldenrestrukturierungen gerecht und arbeitnehmerorientiert gestalten

Die derzeit bestehenden gläubigerzentrierten internationalen Umschuldungsverfahren müssen grundlegend reformiert werden, damit künftig die Bedürfnisse von Schuldnerstaaten und ihren Arbeitnehmer*innen im Mittelpunkt stehen – und nicht die Interessen der Gläubiger. Zahlreiche afrikanische Länder haben über die Afrikanische Union denn auch ihre Vorbehalte gegenüber der Wirksamkeit des *G20 Common Framework* deutlich gemacht. Sie fordern eine grundlegende Neugestaltung der Schuldenarchitektur durch eine UN-Schuldenrahmenkonvention.

Ein zentraler Bestandteil einer solchen Konvention wäre ein Staateninsolvenzverfahren im Sinne eines dauerhaften, nach rechtsstaatlichen Prinzipien organisierten Verfahrens, vergleichbar mit einem Insolvenzgericht für Staaten. Hier müssten alle Gläubiger – private, bilaterale und multilaterale – verbindlich teilnehmen. Entscheidungen würden nicht allein von den Gläubigern, sondern zusammen mit einem unparteiischen Gremium unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen getroffen werden. Zu den Kernelementen einer solchen Konvention würden weiter automatische Schuldenmoratorien gehören, sobald ein Land eine Schuldenrestrukturierung anstrebt (um den Abfluss von finanziellen Mitteln während der Verhandlungen zu stoppen), verbindliche Schiedsverfahren durch ein neutrales Tribunal sowie eine „Human-Needs“-Klausel, die sicherstellt, dass Rückzahlungspläne ausreichenden Spielraum für grundlegende staatliche Ausgaben lassen.

Bis ein solcher globaler Mechanismus geschaffen ist, muss das *G20 Common Framework* grundlegend verbessert werden. Besonders wichtig sind verbindliche Zeitvorgaben für Verhandlungen und die konsequente Durchsetzung vergleichbarer Zugeständnisse aller Gläubiger. So kann verhindert werden, dass private Gläubiger weiterhin auf höhere oder vollständige Rückzahlungen bestehen, während andere Gläubiger bereits Schuldenerleichterungen gewähren (siehe auch Punkt 6 unten).

Zudem sollte das *Common Framework* verbindlich festlegen, dass Schuldenerlasse umfassend genug sind, um die langfristige Schuldentragfähigkeit wiederherzustellen. Dies sollte sich im Voraus an klaren Kriterien orientieren. Auf diese Weise können Schuldenrestrukturierungen echten fiskalischen Spielraum schaffen, statt formal oder oberflächlich zu bleiben.

3. Transparenz, demokratische Kontrolle und Rechenschaftspflicht sicherstellen

Intransparente Kreditaufnahmen und schwache Kontrollmechanismen haben viele der früheren Schuldenkrisen in Afrika begünstigt und unter anderem zur Entstehung illegitimer Schulden geführt. Daher besteht ein dringender Bedarf an Gesetzen zur Schuldentransparenz, die die vollständige Offenlegung aller Kreditverträge und Rückzahlungspläne (einschließlich Sicherheiten und Vertragsbedingungen) vorschreiben. Parlamente müssen ihre Haushalts- und Kontrollrechte wieder stärker wahrnehmen. Konkret sollten Kreditaufnahmen grundsätzlich erst nach einer öffentlichen Debatte, Konsultation mit Sozialpartnern und der Zustimmung des Parlaments erfolgen. Unabhängige Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen sollten auf der Einrichtung von Schuldenprüfungskommissionen bestehen, um öffentliche Schuldenportfolios zu untersuchen. Wichtig ist zudem, dass Rechenschaftspflicht auch die Verwendung der geliehenen Mittel umfasst: Jeder Kredit sollte an konkrete Entwicklungsprojekte gebunden sein und durch öffentliche Wirkungsprüfungen begleitet werden.

4. Inländische Einnahmen mobilisieren, ohne Arbeitnehmer*innen zu belasten

Ein Weg aus der Abhängigkeit von Verschuldung besteht darin, die Staatseinnahmen auf faire Weise zu erhöhen. Inländische Einnahmequellen müssen daher gezielt gestärkt werden, ohne einkommensschwache Bevölkerungsgruppen unverhältnismäßig zu belasten. Dazu gehören progressive Steuerreformen, etwa eine breitere Steuerbasis durch entschiedeneres Vorgehen gegen Steuervermeidung und -hinterziehung – insbesondere durch wohlhabende Einzelpersonen und transnationale Konzerne – sowie die Abschaffung unnötiger Steuerergünstigungen für multinationale Unternehmen. Schlupflöcher zu schließen und Hochver-

mögende stärker zu besteuern, kann erhebliche Einnahmen generieren. Diese können für Entwicklung genutzt werden und so die Notwendigkeit externer Kreditaufnahme verringern.

Ein weiterer zentraler Ansatz ist die Bekämpfung illegaler Finanzströme, durch die Afrika schätzungsweise jährlich rund 90 Milliarden US-Dollar an Steuern und Kapital verliert. Darüber hinaus sollten innovative Finanzierungsinstrumente wie Klima- und Sozialanleihen ausgebaut werden. Die-

se Anleihen können globale Investoren anziehen, die Wert auf messbare soziale oder ökologische Wirkung legen, und dadurch potenziell niedrigere Zinssätze ermöglichen. Auf diese Weise würde auch sichergestellt, dass die Mittel in grüne Arbeitsplätze und lokale Entwicklungsprojekte fließen. Nigeria und Kenia zum Beispiel konnten durch Emissionen grüner Anleihen inländisches und regionales Kapital mobilisieren und so ihre Abhängigkeit von teuren Auslandskrediten verringern.



Bild: privat

Ibrahima Thiam Senegal



„Der Senegal befindet sich aufgrund seiner Staatsverschuldung, die rund 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt, in einer Wirtschaftskrise. Diese Schuldenlast hat schwere wirtschaftliche und soziale Auswirkungen auf die Bevölkerung. Im Gesundheitswesen herrscht anhaltende Spannung aufgrund eines Streiks der Gewerkschaften in der Region Dakar, der jedoch auch auf andere Regionen des Landes übergreifen droht. Die Forderung nach Auszahlung der Stipendien (13 Monate Rückstand) führte zu Zusammenstößen zwischen Studenten und Ordnungskräften, bei denen ein Student der Universität Dakar ums Leben kam. Hinzu kommt die Krise im Baugewerbe (Bauwesen und öffentliche Arbeiten), das sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht und zu einem dramatischen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit mit enormen Verlusten geführt hat. All dies äußert sich in einem Rückgang der Kaufkraft der Haushalte. Schließlich belasten die neuen Steuerreformen, die digitale Transaktionen besteuern, vor allem arme Haushalte, da sie deren alltägliche Finanztransaktionen verteuern und damit gerade jene treffen, die einen Großteil, wenn nicht ihr gesamtes Einkommen, für Alltagsgüter aufwenden müssen und am stärksten auf mobile Gelddienste angewiesen sind.“

Ibrahima Thiam arbeitet bei RAPEN, einem Netzwerk für den Schutz der Umwelt und der Natur im Senegal.

Der **Senegal** gehört laut Analyse im Schuldenreport 2026 zu den sehr hoch belasteten Staaten. Das westafrikanische Land muss in den nächsten drei Jahren weltweit den vierthöchsten Betrag an Kreditrückzahlungen und Zinsen an internationale Gläubiger leisten. Ein im Juli 2024 veröffentlichter Bericht des senegalesischen Rechnungshofs deckte erhebliche Untererfassungen von Haushaltsdefizit und Schulden auf, die unter der wirtschaftsliberal geprägten Vorgängerregierung entstanden, die eng mit Weltbank und IWF zusammenarbeitete. Aktuell versucht die senegalesische Regierung, die eine sozialpolitische Agenda und den Abbau neokolonialer Abhängigkeiten angekündigt hat, die Schuldenrückzahlungen aufrechtzuerhalten – was ihren fiskalischen Handlungsspielraum jedoch erheblich einschränkt.

Wenn Gläubiger im Globalen Norden und der IWF von der Notwendigkeit einer stärkeren inländischen Ressourcenmobilisierung sprechen, dann sollte genau dies darunter verstanden werden.

In Fällen eindeutig untragbarer und illegitimer Schulden sollte zudem ein vollständiger Schuldenerlass in Betracht gezogen werden. Solche Schuldenerlasse sollten als Akt reparativer Gerechtigkeit verstanden werden.

5. Afrikanische Finanzautonomie stärken

Eine langfristige Strategie, um die Abhängigkeit Afrikas von ausländischen Kreditgebern zu verringern, besteht darin, regionale Finanzinstitutionen und Schutzmechanismen aufzubauen. So unterstützt die afrikanische Gewerkschaftsbewegung die Initiative der Afrikanischen Union, einen Währungsfonds und einen Stabilitätsmechanismus bis 2027 einzurichten. Ein gut kapitalisierter afrikanischer Währungsfonds könnte in Krisensituationen Nothilfe bei Zahlungsbilanzproblemen leisten und als Kreditgeber letzter Instanz fungieren – möglicherweise zu günstigeren Bedingungen als der IWF. Ebenso könnte ein afrikanischer Stabilitätsmechanismus helfen, regionale Schocks und Liquiditätsengpässe zu bewältigen.

Gefordert wird außerdem die Einrichtung einer afrikanischen Ratingagentur als Gegengewicht zu den globalen Ratingagenturen *Fitch*, *Moody's* und *Standard and Poor's*, denen vorgeworfen wird, afrikanische Länder zu häufig herabzustufen und damit die Kreditkosten zu erhöhen. Erfahrungen mit alternativen Institutionen in anderen Weltregionen zeigen, dass dabei Strukturen vermieden werden müssen, die die Politikaufgaben und die gläubigerzentrierte Logik der *Bretton-Woods*-Institutionen reproduzieren. Stattdessen sollten neue Institutionen ausdrücklich Entwicklung, soziale Sicherung, menschenwürdige Arbeit und demokratische Rechenschaftspflicht in den Mittelpunkt stellen.

6. Solidarität zeigen und Afrika eine stärkere Stimme geben

Viele der oben genannten Reformen erfordern internationale Solidarität über Afrika hinaus, vor allem in Gläubigerländern. Für afrikanische Ge-

werkschaften bedeutet Solidarität, Druck auf Gläubigerregierungen – vor allem europäische – auszuüben, damit sie inklusive, regelbasierte Verfahren aktiv unterstützen. Dazu zählen insbesondere die Einrichtung einer UN-Schuldenrahmenkonvention, wie sie von der Afrikanischen Union gefordert wird, oder nationale Gesetze, die Klagen von sogenannten „Geierfonds“ eindämmen und private Gläubiger zu einer fairen Beteiligung an multilateralen Schuldenrestrukturierungen verpflichten. Weiter gehört dazu, Afrika eine stärkere Stimme zu geben: Zum Beispiel durch eine dauerhafte Vertretung afrikanischer Länder (und anderer Länder des Globalen Südens) in zentralen wirtschaftspolitischen Entscheidungsforen. Dies könnte zum Beispiel durch eine Erweiterung des IWF-Exekutivdirektoriums oder durch die Schaffung von Sitzen für Arbeitnehmer*innenvertretungen in G20-Arbeitsgruppen realisiert werden.

Nicht zuletzt erfordert Solidarität auch das Engagement von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Globalen Norden. Sie spielen eine entscheidende Rolle dabei, Schuldengerechtigkeit in Afrika durchzusetzen.

Fazit

Aus afrikanischer Perspektive besteht derzeit eine reale politische Chance für eine neue Schuldenarchitektur. Die Legitimität dieser Forderung wird gestärkt durch die wachsende Unzufriedenheit mit dem G20 *Common Framework*, mehrere Fälle langwieriger und unzureichender Umschuldungen sowie die zunehmende internationale Solidarität. So sagte der UN-Generalsekretär António Guterres kürzlich in einer Stellungnahme, dass das globale Finanzsystem „strukturell unfair gegenüber Entwicklungsländern“ sei. Afrikanische Gewerkschaften können gemeinsam mit globalen Partnern diese Dynamik nutzen, um eine Schuldenarchitektur voranzutreiben, die finanzielle Stabilität mit menschenwürdiger Arbeit, sozialer Sicherung und langfristiger Entwicklung in Einklang bringt.

Der Originaltext wurde von erlassjahr.de aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt.



Accra/Ghana im August 2025: Gewerkschafter*innen protestieren gegen die Schuldenpolitik des IWF.

- ¹ Vgl. Reuters (07.06.2024): „[Africa Development Bank calls for \\$25 billion in better terms to avoid 'lost decade'](#)“.
- ² 14,7 Prozent in Lateinamerika, 6,2 Prozent in Asien und Ozeanien und 2 Prozent in Europa und Zentralasien. Vgl. Institute for Economic Justice (2025): „[Diverting development: The G20 and external debt service burden in Africa](#)“, Working Paper, Boston University Global Development Policy Centre.
- ³ Vgl. Weltbank (2023): „[7th Ghana economic update. Price surge: Unravelling inflation's toll on poverty and food security](#)“, Report No. P177994.
- ⁴ Afrikanische Union (2025): „[Draft Declaration of the African Union Conference on Debt](#)“.
- ⁵ Vgl. International Labour Organization (2024): „[World employment and social outlook 2024: The role of social protection in economic recovery](#)“.
- ⁶ Vgl. United Nations Development Programme (2024): „[Human development report 2023/2024: Breaking the gridlock](#)“.
- ⁷ Vgl. OECD (2021): „[Society at a Glance 2021: OECD Social Indicators](#)“, OECD Publishing.
- ⁸ Vgl. UNDP (2022): „[Human Development Report 2021/2022: Uncertain times, unsettled lives – Shaping our future in a transforming world](#)“, United Nations Development Programme.
- ⁹ Vgl. Chang, H.-J. (2007): „Bad Samaritans: The myth of free trade and the secret history of capitalism“, Bloomsbury Press.
- ¹⁰ Siehe hierzu auch Rehbein, K. (2025): „[Neue Lösungen – alte Muster? Eine Fallanalyse zur Post-COVID-Schuldenarchitektur](#)“, in: erlassjahr.de und Misereor (2025): Schuldenreport 2025, dabei vor allem das Zusatzmaterial zum Artikel: „[Detaillierte Fallanalysen: Sambia und Ghana](#)“.
- ¹¹ Für einen ausführlichen Bericht zu den menschenrechtlichen Auswirkungen der Schuldensituation siehe auch Kenya Human Rights Commission (2025): „[The economics of repression - Human rights toll of Kenyas public debt and wage burden](#)“ sowie in deutscher Sprache erlassjahr.de (2025): „Kenias Dilemma - Staatsverschuldung, Menschenrechte und der IWF: Interview mit Annet Nerima“, in: erlassjahr.de: [Entschuldungskurier 2025](#).
- ¹² Vgl. Parliamentary Committee on Education (19.07.2024): „[Education Committee asks Treasury to retain Funding for Junior Secondary School Teachers' Recruitment](#)“.
- ¹³ Vgl. Africa Labour Research and Education Institute (ALREI) und ITUC-Africa (2025): „[ITUC-Africa Position Paper on Debt – Towards a New Framework for Debt Sustainability and Development in Africa](#)“. Hinweis: Die Position von ITUC-Africa beruht auf einem mehrjährigen Konsultationsprozess mit nationalen Gewerkschaften, der durch eine kontinentweite Kampagne für Schuldengerechtigkeit gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partnern der *Stop the Bleeding Campaign* gestärkt wurde.
- ¹⁴ Die von ITUC-Africa und verbündeten Arbeiterbewegungen in Afrika vertretene „afrikanische Doktrin zur Verschuldung“ basiert auf dem Grundsatz, dass die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung den Menschenrechten, der sozialen Gerechtigkeit und den Erfordernissen für eine selbstbestimmte Entwicklung untergeordnet werden muss. Sie besagt, dass die Rückzahlung von Schulden nicht Vorrang vor grundlegenden Sozialausgaben, menschenwürdiger Arbeit, öffentlichen Dienstleistungen und Klimaresilienz haben darf, und fordert daher faire, transparente und umfassende Schuldenerlassmechanismen, den Erlass illegitimer Schulden, verantwortungsvolle Kreditvergabestandards und die Ablehnung von Sparmaßnahmen, die die Rechte der Arbeitnehmer und eine inklusive Entwicklung untergraben. Die Doktrin betont ferner, dass Staatsverschuldung den strukturellen Wandel, die Mobilisierung inländischer Ressourcen und einen gerechten Übergang im Einklang mit der Agenda 2063 und den Zielen für nachhaltige Entwicklung unterstützen muss.
- ¹⁵ Vgl. Afrikanische Union (14.05.2025): „[Draft Declaration of the African Union Conference on Debt](#)“.